

# Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **37 (1962)**

Heft 1

PDF erstellt am: **17.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# rundschau

## **Förderung des Wohnungsbaues durch den Bund**

Im Nationalrat begründete P. Steinmann ein Postulat, mit welchem er die Vollzugsverordnung zur Wohnbauförderungsvorlage in zwei Richtungen verbessern will: Inskünftig sollen die Bruttobaukosten ohne Einbezug der Landpreise berechnet werden; damit würde man den Kantonen mit hohen Landpreisen entgegenkommen. Ferner sollen für die zulässigen Einkommensgrenzen für den Bezug subventionierter Wohnbauten feste Minimalsätze mit genügenden Toleranzgrenzen fixiert werden.

## **Der Bund soll mehr tun gegen die Wohnungsnot**

G. Borel lud im Nationalrat den Bundesrat durch ein Postulat ein, «den eidgenössischen Räten eine Botschaft und Anträge vorzulegen, mit dem Ziel, die Wohnungsnot mittels einer direkten finanziellen Hilfe des Bundes zu bekämpfen, die umfassender und weniger starr sein müßte als die geltende Regelung». Eindringlich wies der Postulant auf drei Umstände hin, die ein direktes Eingreifen des Bundes nötig machen: Das Ungenügen des privaten Wohnungsbaues angesichts profitabler industrieller und gewerblicher Bauvorhaben, das überhöhte Mietpreinsniveau und die jeweils mit der Erhöhung der Altmieten einhergehende Erhöhung der Neumieten und schließlich die rapide Bevölkerungszunahme.

## **Gegen die Teuerung**

Nationalrat Sollberger richtete an den Bundesrat folgende Interpellation: «Die Lockerung der Mietzinskontrolle hat sich auch auf dem freien Wohnungsmarkt durch eine rapide und ungerechtfertigte Mietzinserhöhung ausgewirkt. Ist der Bundesrat nicht der Auffassung, daß diese Teuerung, deren wirtschaftliche und soziale Folgen unschwer zu erkennen sind, ohne Verzug durch geeignete Maßnahmen gebremst werden sollte?»

## **Wohnungsfürsorge für ausländische Arbeiter durch die AG Brown, Boveri & Cie. in Baden**

Die Verknappung der einheimischen Arbeitskräfte und die damit verbundene starke Beschäftigung von Ausländern hat die AG Brown, Boveri & Cie. veranlaßt,

sich mit der Beschaffung von Unterkünften für die ausländischen Arbeiter zu beschäftigen. So ist im «Brisgi» ein großes Barackendorf entstanden, in welchem 1600 ausländischen Arbeitskräften Unterkunft und drei Mahlzeiten geboten werden. Die Ansprüche der Ausländer sind aber gewachsen. Deshalb wurde beschlossen, das alte provisorische Fremdarbeiterdorf stufenweise durch eine moderne Siedlung zu ersetzen. Diese wird im Endausbau gegen 3000 Arbeiter aufnehmen können und neben Wohnhäusern und einem großen Restaurationsgebäude über eine Post, Läden und Sportplätze verfügen.

## **Noch über 1000 Durchgangslager in Westdeutschland**

Am 30. September 1961 befanden sich im Bundesgebiet einschließlich Saarland und Westberlin 1022 Durchgangslager mit 115 865 Insassen. Von den Insassen waren 80,2 Prozent Zuwanderer aus der Sowjetbesetzungzone. Verglichen mit dem Stand vom 30. Juni 1961 hat die Zahl der Durchgangslager um 14,7 Prozent und die Zahl der Insassen um 7,2 Prozent zugenommen. Diese Zunahme ist die Folge des starken Anwachsens des Flüchtlingsstroms aus der SBZ unmittelbar vor dem 13. August. Für alle diese Menschen müssen Wohnungen beschafft werden. In Nordrhein-Westfalen zum Beispiel fehlen noch 35 000 Wohnungen für die Sowjetzonenflüchtlinge.

## **Wohnbaufinanzierung in Österreich**

Die österreichischen Bausparer haben ihre Sparleistungen bei den vier österreichischen Bausparkassen im Jahre 1961 gegenüber dem Vorjahr um rund 25 Prozent auf über eine Milliarde Schilling erhöht und tragen damit etwa ein Sechstel der Gesamtaufbringung zum österreichischen Wohnungsbau bei, der im laufenden Kalenderjahr etwas über sechs Milliarden Schilling erfordert. Rund zwei Sechstel der Gesamtaufwendungen für den österreichischen Wohnungsbau werden aus öffentlichen Mitteln aufgebracht. Weitere drei Sechstel der für den Wohnungsbau aufgewendeten Beträge stammen aus eigenen Mitteln der Bauwerber sowie aus Krediten von Banken, Sparkassen, Hypothekenanstalten, Volksbanken und Raiffeisenkassen. Die Baugelder, die von den österreichischen Bausparkas-

sen an ihre Bausparer zugeteilt werden, sind ausschließlich für die Finanzierung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen bestimmt. (Wohnen und Siedeln)

## **Der Wohnungsbau in Europa**

Nach der von der UNO herausgegebenen Studie der ECE über die Tendenzen des Wohnungsbaues in Europa im Jahre 1960 zeigt die Zahl der fertiggestellten Wohnungen zum erstenmal seit einigen Jahren ein gewisses Nachlassen. Obwohl die Totalzahl der fertiggestellten Wohnungen nur um weniger als ein halbes Prozent zurückgegangen ist, entspricht doch der Fortschritt nicht mehr demjenigen des Jahres 1959, in dem ein Anstieg von 11 Prozent zu verzeichnen war. Immerhin blieb er noch im Rahmen der 11 Prozent Zunahme des Jahres 1958.

Vergleicht man die Zahl der im Jahre 1960 pro tausend Einwohner in den verschiedenen Ländern erstellten Wohnungen – was allerdings über den neuerstellten Wohnraum nichts aussagt –, so steht die Deutsche Bundesrepublik mit 10,5 in Westeuropa an der Spitze. Die Schweiz folgt mit 9,3, Schweden mit 9,1, Norwegen mit 7,5, Holland mit 7,4, Finnland mit 7,1 und Frankreich mit 7,0 Wohnungen pro tausend Einwohner. In Osteuropa führen die USSR mit 14,0 Wohnungen (1959: 14,5) pro tausend Einwohner.

## **Genossenschaften in Tanganjika**

In Tanganjika hat die genossenschaftliche Idee im Vergleich zu Kenia und Uganda am stärksten Fuß gefaßt. Das ist möglicherweise auf die Tatsache zurückzuführen, daß ein Drittel aller Mitglieder der Nationalversammlung aktive Genossenschafter und vier Kabinettsminister und ein Staatssekretär ehemalige Genossenschafter in leitenden Positionen sind. Besonders auf landwirtschaftlichem Gebiet steht der Wohlstand des Landes in engem Zusammenhang mit der Genossenschaftsbewegung: die Genossenschaften vereinigen etwa einen Drittel des Exports auf sich. Im vergangenen Jahr betrug der Umsatz genossenschaftlicher Organisationen in landwirtschaftlichen Erzeugnissen 13,5 Millionen Pfund. Die Mitgliedschaft beträgt insgesamt 340 000, die Zahl der Genossenschaften ersten Grades 750.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften Tanganjikas produzieren hauptsächlich Baumwolle und Kaffee.